

heutigen Markt
zugelassen: 40
nder, 145 Stübe,
Davon blieben
Sunginder, 13

5. 11	31. 10.
24-29	—
18-22	—
82-86	80-84
75-81	69-77
63-73	58-67
89-90	87-88
89-90	87-88
88-89	86-89
86-88	84-87
84-86	—
84-86	—
66-76	63-74

eppler F r e u-
Gg. Z e e b —

enwirt 75 S.,
w.

en im Norden
sttag und Freit-

H E R S

ber die
nach-
ien

RK

h-lax).

orlagen

Halmond-
len Größen
ritpreisen.

Vorstadtplatz

1413

ammer-
nung

hör sofort oder
vermieten.
die Geschäfts-
Blattes.

geld

solches, o. f.
ng zu möglich.
er erste An-
r. 1411 an
erbeten.

Heute abend
3 Uhr

Sefamt-
Probe
„Traube“

1881

erkel

Sie am vor-
n Ferkelver-
e von Dank-
langjährigen
reelle Bedie-
allein in der
cheitstellungen
berühmten
en Kasse, sel-
Schlappohren,
Wahl, tiefere
wöch. 24-28
r. 33-38 M.,
hier. Nach-
er Fresser so-
ang Empfang.
Berstand. Ber-
ch nicht irre-

olte (Weiß).

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszeile oder deren Raum 20 S., Familien-Anzeigen 15 S., Reklamezeile 60 S., Sammelanzeigen 50% Zuschl. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postsch.-Kto. Stuttgart 5113

Nr. 262

Gegründet 1827

Donnerstag, den 7. November 1929

Fernsprecher Nr. 29

103. Jahrgang

Tagespiegel

Der Württ. Landtag hat beschlossen, daß die Ortsvorsteher künftig nicht mehr Schultheißen, sondern Bürgermeister zu nennen seien.

Zum badischen Landtagspräsidenten wurde zum siebentmal Abg. Baumgartner (Zentr.), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Waldeck (D. Vp.) gewählt.

Zu der Meldung, daß bei dem Flugzeugunglück in England ein Prinz zu Schaumburg-Lippe verletzt worden sei, verläuft in Bückeburg, daß es sich um den Prinzen Eugen handelt.

Der Reichspräsident hat der Prinzessin Max von Baden zum Ableben ihres Gemahls telegraphisch seine herzliche Teilnahme ausgesprochen. Auch der Reichskanzler hat im Namen der Reichsregierung ein Beileidstelegramm geschickt.

Beim Reichskanzler fand am Mittwoch nachmittag eine Besprechung der Führer der Reichsparteien statt. Wie verlautet, kam dabei der Streit über die Ehescheidungsreform, die frühere Einberufung des Reichstags, die vom Zentrum gewünschte Umbildung des Kabinetts u. a. zur Sprache.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens wird erst nach dem Zusammentreten des Reichswahlauausschusses am 21. November bekanntgegeben.

Der neugewählte badische Landtag ist am Mittwoch eröffnet worden.

Das englische Unterhaus hat den Regierungsantrag betr. Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland mit 324 gegen 199 Stimmen angenommen, einen konservativen Gegenantrag Baldwin's abgelehnt.

Prinz Max von Baden †

Konstanz, 6. Nov. Prinz Max von Baden ist heute früh 5.45 Uhr gestorben.

Mit Prinz Max von Baden ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die seit dem Kriegsende viel geehrt und viel angefochten wurde. In früheren Jahren ist er, obgleich nach dem Tod des Prinzen Ludwig Thronerbe in Baden, nur wenig in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Auch als Mitglied in der ersten Kammer (seit 1893) und als deren Präsident (1907) hat er sich am politischen Leben nicht mehr beteiligt, als es sein Amt verlangte. In der Kammer vertrat er einen auf streng religiöser Grundlage beruhenden gemäßigten Liberalismus. Es hat überrascht, als Prinz Max, man kann sagen in letzter Stunde, am 3. Oktober 1918 auf Vorschlag des ihm befreundeten Konrad Jauchmann, damaligen Reichsstaatssekretärs, als Kanzler berufen wurde. Er hat die Verhältnisse nicht mehr zu meistern vermocht. Am 5. Oktober wurde jenes verhängnisvolle Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Wilson geschickt, das diesen um die Friedensvermittlung bat. Die Verbündeten zogen die Angelegenheit bis zum 5. November hin — und dann war jede Vermittlung überflüssig geworden, obgleich die Lage an der Front sich gebessert hatte — denn schon zog die Wetterwolke des Umsturzes herauf. Prinz Max, der geglaubt hatte, durch die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. die Lage noch retten zu können, verzweifelte jetzt an der Möglichkeit und übergab am 10. November 1918 die Regierungsgewalt dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert als dem Vertreter der stärksten Reichspartei.

Auf seinen Abgang fällt allerdings ein Schatten, der ihm nie verziehen worden ist. Er veröffentlichte noch vor seinem Rücktritt eine Rundgebung, der Kaiser habe abgedankt. In Wahrheit war das nicht der Fall, und im großen Hauptquartier war man von der Rundgebung aufs höchste überrascht, denn sie konnte nicht anders denn als eine Absetzung des Kaisers durch die Regierung in Berlin ausgelegt werden. Prinz Max hat sich später in seinem Buch „Erinnerungen und Urkunden“ (1927) mit der Entschlossenheit des Kaisers zu rechtfertigen versucht, da er sich weder zum Einmarsch in Berlin an der Spitze einer zuverlässigen Truppe noch zu der nach Ansicht des Prinzen Max unvermeidlichen Abdankung habe aufraffen können. Aber wie dem auch sei, mit einer bewußten Unwahrheit durfte, zumal in so kritischer Zeit, nicht Geschichte gemacht werden. Und es ist dies von Prinz Max, auch wenn er von seiner Umgebung zu dem Schritt gedrängt worden sein sollte, um so unverständlicher, als er immer als ein Mann von tadelloser Ehrenhaftigkeit sich erweisen hatte.

Nach seinem Rücktritt vom Kanzleramt zog er sich von der Politik vollständig zurück und lehnte auch hohe Ämter, die ihm von der Reichsregierung nach dem Umsturz angeboten wurden, ab. Er lebte seitdem auf seinem Gut Salem in der Nähe des Bodensees. Am 22. November 1918 verzichtete er mit Großherzog Friedrich II. für sich und seine Nachkommen auf den Thron in Baden.

Die Ueberführung der Leiche wird nach Salem, dem Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet vor-

ausichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung des Prinzen werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfestlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1866 als Sohn des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Großherzogs Friedrich I. und der Prinzessin Marie Romanowski, Herzogin von Leuchtenberg geboren. Er studierte zusammen

mit seinem Vetter, dem später in der Schweiz verunglückten Prinzen Ludwig, in Heidelberg und Freiburg, trat dann in das Garde-Kürassierregiment in Berlin ein und wurde später Kommandeur des badischen Leibdragonerregiments. 1908 quittierte er den Militärdienst. Seiner Ehe mit Prinzessin Marie Luise, einer Tochter des 1923 verstorbenen Herzogs Ernst August von Cumberland, Schwester des Herzogs Ernst August von Braunschweig, des Schwiegersohns des Kaisers, entsprossen Prinzessin Marie Alexandra (geb. 1901), seit 1924 mit dem Prinzen Wolfgang von Hessen vermählt, und Prinz Berthold, geboren 1906.

Der Rechtsausschuß des Reichstages als Rumpfparlament Das streikende Zentrum

Berlin, 6. November. Im Rechtsausschuß des Reichstages stand die Reform über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder zur Behandlung. Die Abg. v. Freitag-Loringhoven (Dtl.) und Hanemann (Dtl.) wiesen auf den allgemeinen Brauch hin, daß Ausschüsse nicht zu tagen pflegten, wenn eine große Partei (in diesem Fall das Zentrum) im Ausschuß nicht vertreten sei. Auch scheine die Regierungskoalition sehr ins Wanken geraten zu sein, wenn eine große Regierungspartei, wie das Zentrum, plötzlich seine Mitarbeit einstelle. Der stellv. Vorsitzende Landsberg (Soz.) erwiderte, die Nichtteilnahme des Zentrums beruhe auf der Obstruktionsabsicht und es sei nicht Brauch im Reichstage, infolge Obstruktion einer Partei notwendige und dringende Arbeiten zu verzögern. Die Abgeordneten Hanemann und Strathmann (beide Dtl.) beantragten hierauf, die Sitzungen des Rechtsausschusses solange zu vertagen, bis das Zentrum wieder teilnehme, weil das Ergebnis der Beratungen nun ja doch in der Luft hänge und wahrscheinlich später werde wieder umgestoßen werden müssen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wandte sich gegen diesen Antrag. Das Zentrum werde sich schon wieder bald an der Beratung beteiligen. Der deutschnationale Antrag auf Vertagung wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Ministerialrat Brandis (Reichsjustizministerium) begründete den Gesetzentwurf. Daß ein Kind, dessen Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern verkehrt habe, von keinem dieser Männer Gewährung von Unterhalt verlangen könne, sei eine nicht gerechtfertigte Härte für das Kind. Mangelhaft sei auch der gegenwärtige

Rechtszustand hinsichtlich der elterlichen Gewalt, der Ehelichkeitserklärung und der Annahme an Kindesstatt. — § 1705 BGB. soll nach der Regierungsvorlage durch eine Vorschrift ersetzt werden, wonach das uneheliche Kind im Verhältnis zu der Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll.

Die Kommunisten beantragten, daß das uneheliche Kind im Verhältnis zum Vater und zur Mutter und zu den Verwandten von Vater und Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll. — Die Sozialdemokraten schlossen sich diesem Antrag an. — Von Seiten der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei wurde darauf hingewiesen, daß mit der Annahme dieses Antrags grundsätzlich eine völlige rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen Kind erfolge. Hiernach würden die meisten Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes überflüssig, denn wenn die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt würden, so gäbe es eben keinen Unterschied mehr.

Die Deutschnationalen hatten beschlossen, sich der Stimme zu enthalten, solange die Vertreter des Zentrums im Ausschuß nicht anwesend sind. Der Antrag hatte also Aussicht auf Annahme. — Die Sozialdemokraten beantragten nunmehr, daß über den kommunistischen Antrag erst abgestimmt werden solle, nachdem der Ausschuß über die übrigen Bestimmungen beschlossen habe. Der sozialdemokratische Antrag auf Vertagung der Abstimmung wurde mit 9 gegen 6 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Weiterberatung Donnerstag.

Ein Blick in das kommunistische Paradies!

Der innenpolitische Kampf in Rußland

Man hat den innenpolitischen Kampf, der nunmehr in Sowjetrußland im Entstehen ist, kommen sehen. Es ist nicht ein Kampf gegen irgendwelche „zaristischen oder weißgardistischen Verschönerungen“, sondern um die Bauernfrage. Fünfundneunzig Prozent der Bevölkerung Rußlands besteht aus Bauern und Menschen, die mit der Landwirtschaft unmittelbar verbunden sind. Mit der Bauernfrage ist Moskau noch nie fertig geworden. Mit allen Mitteln der Unterdrückung und der blutigsten Gewalt hat man es versucht, die Bauern, besonders die „Großbauern“ oder Kulaken — darunter versteht man im heutigen Rußland solche, die mindestens ein eigenes Pferd besitzen — für den Bolschewismus und das marxistische Wirtschaftsleben zu gewinnen, aber alle Versuche waren vergeblich. Aus zwei Gründen. Auch der russische Bauer hat ein instinktives Gefühl, daß das marxistische Wirtschaftssystem für die Landwirtschaft nicht paßt, weil es auf diesem Gebiet erzeugungshemmend ist und weil der Bauer von Natur freier Herr auf seiner Scholle sein will und sein muß, um dem Boden die höchstmöglichen Erträge abzurufen. Zum andern fühlt sich der zäh an seiner orthodoxen Kirche hängende russische Bauer abgestoßen durch den religionsfeindlichen Bolschewismus, die Zerstörung der Kirchen und Klöster, die ihm ein heiligum waren und sind. Damit ist dann auch die wesentliche Aufgabe der Sowjetregierung gescheitert: die ständigen Ernährungsschwierigkeiten des russischen Reichs durch Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu beseitigen. In Rußland, einem Land von ungeheuren Gebieten, fruchtbaren Bodens, sterben heute Tausende jährlich den Hungertod, und in den großen Städten müssen heute noch die Scharen stundenlang täglich „Schlangen stehen“, um die färglich auf jeden Kopf zugemessenen Nahrungsmittel für teures Geld in Empfang zu nehmen. Es ist damit schlimmer bestellt, als es bei uns in Deutschland in der schlimmsten Kriegsnot war. Dazu hat der Bolschewismus den Grundfehler gemacht, die für die Getreideversorgung namentlich der Großstädte unentbehrlichen landwirtschaftlichen Großgüter zu zerstückeln und sie mit Kolonisten zu besetzen. Diese Kolonisten, meist den Großstädten entnommen, eigneten sich größtenteils nicht

für landwirtschaftliche Betriebe und sind keine Bauern geworden, oder soweit sie sich den neuen Verhältnissen anpaßten, verhielten sie sich ablehnend gegen die bolschewistische Wirtschaftsweise. Auf jeden Fall steht die Erzeugung dieser Ackerstellen mengenmäßig und qualitativ entfernt in keinem Verhältnis mehr zu derjenigen der alten Großstädter. Rußland, das früher eine bedeutende Getreideausfuhr hatte, muß heute aus Kanada und Argentinien Getreide einführen.

Jetzt, in der Zeit einer besonders auffälligen Getreideknappheit verliert man wieder mit äußerster strengem Vorgehen gegen die Bauern die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben, aber das Ziel wird man schwerlich erreichen. Denn die Ursache der ständigen Krise liegt, wie gesagt, im System der bolschewistischen Zwangswirtschaft, die den Bauern das Interesse an der Förderung der Erzeugung nimmt und sie obendrein noch ungenügend mit den Erzeugnissen der Industrie versorgt, die sie für sich und für die Befüllung ihrer Acker brauchen.

Nach Berichten Moskauer Blätter hätten die russischen Bauern begonnen, vom passiven Widerstand zum Terror gegen den Terror überzugehen und „religiöse Sektten“ zum Kampf zu bilden. So wird aus Moskau gemeldet: In Rußland wurden 22 Führer und 500 Anhänger der religiösen Sekte der „Kreuzträger“ verhaftet. Sie sind angeklagt, Komplotte zur Wiedererrichtung der „Monarchie“ angezettelt zu haben. Man bringt die Sekte auch in Zusammenhang mit der Tätigkeit antichowjetistischer Geheimbünde in der Ukraine. Diese Bünde sollen Brandstiftungen und Morde gegen Sowjetanhänger begehen, insbesondere gegen solche, die sich im Kampf gegen die Kulaken hervortun. Die Mitglieder dieser Bünde sollen ganze Listen von Leuten, denen sie an Gut oder Leben wollen, schon eine Woche vor Begehung des Verbrechens öffentlich anschlagen. So wurden in Woznesenowka anonyme Plakate angeschlagen: „Wir raten den folgenden Personen, ihre Häuser zu verlassen, die an allen vier Ecken brennen werden!“ (Es

folgten die Namen und genauen Angaben.) Die Bünde sollen sogar gedroht haben, den Dorfkomjet und den Obmann der Genossenschaftsfiliale auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. In einer einzigen Nacht soll der Bund dreißig Gebäude einer Genossenschaft niedergebrannt haben.

Eine weitere Moskauer Meldung lautet: Die Behörden setzen mit eiserner Konsequenz ihren Feldzug zur Ausrottung der Gegenrevolution fort und haben am 3. November wiederum 12 Todesurteile gegen Feinde der proletarischen Bauern gefällt. Zu gleicher Zeit fährt die Regierun... fort, in heftigen Angriffen gegen die Bucharin-Anhänger die auf Versammlungen der kommunistischen Partei die Einstellung des Klassenkampfes gegen die Kulaken forderten.

Unter den zum Tod Verurteilten befinden sich sieben Kulaken aus Kazakstan, die ein Mitglied des Dorfkomjets ermordet hatten. Ferner erhielten die Todesstrafe drei Bewohner des Dorfes Granta bei Moskau, die 192 Gebäude auf dem Gelände der korporativen Farm in Brand gesteckt hatten. Schließlich wurden wegen ähnlicher Vergehen zwei Bauern aus Arson in der Nähe von Minfk zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden sofort vollstreckt.

Auf der Mitte November bevorstehenden Tagung der Zentralinstanzen der Kommunistischen Partei werden allgemein außerordentlich scharfe und weitgehende Beschlüsse gegen die von Bucharin geführte sogenannte Rechtsopposition erwartet. Anstatt der vermehrten und ständig wachsenden Verpflegungsschwierigkeiten der Städte und gleichzeitig dem wachsenden, zum Teil sehr aktive Formen annehmenden Widerstande der Bauernschaft wächst die Agitation der Bucharin-Anhänger über einen notwendigen weichen Kurs gegen die Bauernschaft.

Neueste Nachrichten

Das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ verfassungsändernd?

Berlin, 6. November. In Kreisen der Reichsregierung wird erwogen, ob das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ nicht verfassungsändernd sei, so daß beim Volksentscheid für dessen Annahme zwei Drittel der Stimmberechtigten (der letzten Reichstagswahl), also rund 27 Millionen Stimmen statt der in der Verfassung bestimmten Ueberstreichung der Hälfte (rund 20,6 Mill.) nötig seien.

Der Weg, den das Volksbegehren noch zu gehen hat — es sei hier wiederholt — ist bekanntlich folgender: Wenn der Reichstag das Volksbegehren unverändert annimmt, was ausgeschlossen erscheint, dann ist ein Volksentscheid nicht mehr nötig. Wird es vom Reichstag abgelehnt, so findet eine allgemeine geheime Volksabstimmung, Volksentscheid genannt, statt.

Henderson über den österreichischen Verfassungsstreit

Wien, 6. November. Auf Ersuchen der Sozialdemokratie in Oesterreich brachten verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Unterhaus Anfragen an die Regierung ein, ob sie Kenntnis habe von den Vorgängen beim Kampf um die Verfassungsänderung in Oesterreich; ob die österreichische Regierung eine bindende Erklärung abgegeben habe, daß sie entschlossen sei, die ungesetzlichen Organisationen in Oesterreich aufzulösen; ob die Oesterreich gewährte Völkerbundsanleihe (650 Millionen Kronen oder 390 Millionen Mark) und die britischen Interessen durch eine Störung der demokratischen Entwicklung in Oesterreich nicht gefährdet seien. Der englische Außenminister Henderson antwortete, das Scheitern der parlamentarischen Verhandlungen in Oesterreich über die Verfassungsänderung würde der britischen Regierung ernste Beforgnis verursachen, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Frage durch andere Mittel zu behandeln. Bezüglich der Völkerbundsanleihe, die auch von englischen Steuerzahlern gezeichnet worden sei, stehen auch britische Interessen auf dem Spiel.

Die ungewöhnliche Einmischung eines fremden Parlaments in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs wird nun von der ganzen bürgerlichen Presse Oesterreichs zurückgewiesen. So schreibt die christlich-soziale „Reichspost“: Staaten, die Friedensverträge so wenig beachten, daß sie statt abzurufen, sind zu Fragen über die „Abrüstung“ Oesterreichs nicht berechtigt. Die Frage über die Völkerbundsanleihe entspringt der Stimmungsmache gegen den österreichischen Kredit. Die Interessen der ausländischen Gläubiger sind in Oesterreich ebensogut gewahrt wie in anderen europäischen Ländern, was leider der britische Minister des Außern zu sagen unterlassen hat. Die Frage nach den Vorstellungen bei der österreichischen Regierung hat Henderson nicht beantwortet. Sie wäre auch eine Einmischung in innere Angelegenheiten einer fremden Macht gewesen. Die Mahnung wäre richtig an die Wiener sozialdemokratische Adresse zu richten gewesen.

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ sagen, es sei schwer begreiflich, daß sich Leute in der englischen Regierungspartei gefunden hätten, die zu diesen Hilfestellungen für die österreichische Sozialdemokratie bereit gewesen seien. In Oesterreich handle es sich um die Verhinderung der Aushöhlung des Staates von innen durch die Politik der österreichischen Sozialdemokratie, die Politik des 15. Juli 1927. Diese Aktion sei im allgemeinen österreichischen Interesse. Wenn Henderson darin eine „Bedrohung der europäischen Stabilität“ sehe, sehe er durch die österreichische rote Parteibrille. Die Sozialdemokratie sei vom Mac Donaldschen Evolutionsgedanken heute ebenso weit entfernt wie an jenem 15. Juli.

Die französische Regierungserklärung

Paris, 6. November. Ueber den Inhalt der Regierungserklärung schreibt „Echo de Paris“, das Ministerium Lardieu werde erklären, daß es die von Briand eingeleitete und verfolgte Friedens- und Annäherungspolitik weiter betreiben wolle, aber bedingt durch die Sicherheit Frankreichs und zwar sowohl hinsichtlich der Räumung des Rheinlandes, als auch der auf der Londoner Konferenz zu behandelnden Seeabrüstung.

„Times“ über das Deutschtum der Saarländer

London, 6. Nov. In einem Aufsatz des Sonderberichterstatters der „Times“ über das Saargebiet heißt es:

Gemeindeordnung im Württ. Landtag

Stuttgart, 6. November.

Abg. Reil (Soz.) wies darauf hin, daß sich die Minister Dr. Bazille und Dr. Dehlinger für das Volksbegehren eingezeichnet haben. Sie hätten durch diese Handlung dazu beigetragen, die Befreiung deutschen Gebiets von fremder Besatzung zum mindesten verzögern. Er beantragte als erster Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Erklärung der Württ. Regierung zum Verhalten der beiden Minister eventuell Stellungnahme des Landtags dazu“. Das Verhalten der beiden Minister habe das Ansehen des deutschen Volkes offensichtlich schwer geschädigt (Widerspruch rechts).

Abg. Dr. Ströbel widersprach den beiden Anträgen, was ihre Ablehnung zur Folge hatte. Sodann wurde in der dritten Lesung der Gemeindeordnung fortgefahren. Bei Artikel 36 (Zusammensetzung des Gemeinderats) wurde ein sog. Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach die Ortsgeistlichen an den Verhandlungen des Gemeinderats in seiner Eigenschaft als Ortsfürsorgebehörde teilnehmen, abgelehnt, dagegen ein Antrag Hausmann (Dem.) angenommen, wonach diese Teilnahme nur in Stuttgart nicht stattfinden soll.

Eine längere Aussprache verursachte ein Antrag des Abgeordneten Bauer (B.N.) zu Art. 45 (Wahllisten), wonach auch in Stuttgart das Panaschieren erlaubt sein soll. Der Antrag wurde unterstützt von den Abgeordneten Hausmann (Dem.), Bausch (Chr. Volksd.), Hagel (B.N.), Rath (D.B.) und Dr. Wiber (B.B.), während sich die Abgg. Winker (Soz.) und Möhner (S.) dagegen aussprachen und der Abg. Dr. Raim (S.) den Antrag stellte, daß das Panaschieren in den großen Städten von mehr als 100 000 Einwohnern verboten sein soll. Dieser Antrag wurde angenommen, dagegen der Antrag Bauer mit 41 gegen 27 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Bauer betr. Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber im Sinn der vollen Berücksichtigung des Kommuniens und Wegfall der Stellenwahl wurde mit 44 gegen 30 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Rühle (S.) angenommen, daß zum befohlenen Stadtrat wählbar ist, wer die Befähigung für den Staatsdienst besitzt oder eine akademische Schlussprüfung bestanden hat.

Zum Schluß erneuerte Abg. Reil (S.) seine Anträge, das Verhalten der beiden Minister Dr. Bazille und Dr. Dehlinger in der morgigen Sitzung zum Gegenstand der Beratung zu machen. Abg. Dr. Ströbel (B.B.) widersprach und erklärte, daß die beiden Minister als Privatpersonen von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht haben. Der sog. Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Volkspartei abgelehnt.

„Wenn es tatsächlich im Jahr 1935 zu der vorgesehenen Abstimmung käme, würde eine große Mehrheit für den Wiederanschluß an Deutschland stimmen. Ich habe mit vielen Saarländern der verschiedenen Bevölkerungsschichten über diesen Punkt gesprochen. Ihre Haltung ist unabänderlich die gleiche. Sie sind Deutsche und sind stolz darauf. Ohne Rücksicht auf andere Erwägungen haben sie den dringenden Wunsch, wieder uneingeschränkt ihrem Vaterland anzugehören. Die starke Stimmung zugunsten Deutschlands wird es vermutlich in Frankreichs Interesse und im Interesse Europas als zweckmäßig erscheinen lassen, das Saargebiet ohne Volksabstimmung Deutschland zurückzugeben. Es bleibt daher nur noch die Frage eines Rückkaufs der Bergwerke an Deutschland und die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Lothringen und Elsaß und vielleicht Luxemburg und die notwendige innere Anpassung zwischen Frankreich und Deutschland zu vollziehen.“

Bürgermeister Walker in Newyork wiedergewählt

Newyork, 6. November. Die Bürgermeisterrwahlen haben den erwarteten Sieg des bisherigen Bürgermeisters, Jimmy Walker, ergeben. Abgesehen von den gegen Witternacht noch ausstehenden 121 Wahlbezirken erhielt Walker rund 840 000, der Republikaner La Guardia 360 000, der Sozialist Thomas 167 000 und der frühere Polizeipräsident Enright 6000 Stimmen.

Württemberg

Stuttgart, 6. November 1929.

Das Vermögen der Stadt Stuttgart. Nach den Rechnungsergebnissen des Stadthaushalts bezifferte sich der Vermögensstand der Stadtgemeinde am 31. März 1929 auf rund 277 Millionen, während die Verbindlichkeiten und Rücklagen 105 Millionen betragen. Das reine Vermögen stellte sich auf 171 183 643 M., das sind 2 071 713 M. mehr als im Vorjahr. Der Wert der Güter und Baupläge beträgt allein 47,8 Millionen, der der Gebäude mit Grundfläche 41,7 Mill. Die Waldungen haben einen Wert von 9,4 Millionen. Größere Wertobjekte sind ferner das Gaswerk (16,2), das Elektrizitätswerk (32,2), das Wasserwerk (4,7), der Vieh- und Schlachthof (5,7), der Cannstatter Wasen (9,3 Mill.). Das Geldvermögen bezifferte sich auf 32 760 618 M. Unter den Verbindlichkeiten machen Anleihen und Darlehen 68,4 Millionen aus.

Die Finanzlage der Stadt Stuttgart. Der Rechnungsabluß der Stadt Stuttgart für das Planjahr 1928 weist, wie der Schw. M. berichtet, bei 128 610 000 RM. Einnahmen und annähernd ebensoviel Ausgaben noch einen kleinen Ueberschuß auf, obwohl ursprünglich mit einem Abmangel von 1 1/2 Millionen gerechnet worden war und obwohl die Mehrausgaben für Straßenbauten, städtische Betriebe und Unternehmungen, Wohlfahrtspflege usw. die Höhe von 11—12 Millionen RM erreichten. Dieser günstige Rechnungsabluß ist hauptsächlich auf Mehreinnahmen bei den technischen Werken und den Steuern zurückzuführen.

In den Ruhestand. Stadtpfarrer D. Ernst an der Matthäuskirche ist aus gesundheitlichen Rücksichten auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Weiterbildungslehrgang für Handwerker. Das Württ. Landesgewerbeamt hält im Benehmen mit der Handwerksammer Stuttgart bei genügender Beteiligung vom 18. November bis 1. Dezember 1929 in Stuttgart einen dreiwöchigen Tagesturs für handwerker aller Berufsgruppen ab. Erste Woche: Kaufmännische und wirtschaftliche Betriebsführung im Handwerk. Zweite Woche: Kundenwerbung im Handwerk. Dritte Woche: Kaufmännische und wirtschaftliche

Regierungsantworten auf „Kleine Anfragen“

Antwort auf die Kleine Anfrage (siehe „Gesellschafter“ Nr. 261) der Abg. Bauer und Hagel (B.N.): „Die 35 Millionen RM., die für das Rechnungsjahr 1929 zur Beteiligung des Reichs an der Kleinrentnerfürsorge bewilligt wurden, sollen nach dem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums zum Ausgleich der Mehrkosten verwendet werden, die den Ländern und Fürsorgeverbänden durch die vom Reich angeordnete Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge erwachsen; zugleich sollen sie der weiteren Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge dienen. Hieron sind bis jetzt 10/35tel auf die Länder verteilt worden. Auf Württemberg entfielen 556 000 RM. Von dieser ersten Rate sind 442 000 M. den Bezirksfürsorgeverbänden zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge überwiesen und von diesen im Anschluß an die Unterstützung für Oktober den Kleinrentnern als Zuschunterstützung ausbezahlt worden. Der Restbetrag von 114 000 RM. wird für die sonstige Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge (Förderung der Rentnerheime und dergl.) verwendet werden. Wegen der Ueberweisung einer weiteren Rate aus den Reichsmitteln hat das Innenministerium schon vor einiger Zeit beim Reichsarbeitsministerium angefragt; die Antwort steht noch aus. Im übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß in Württemberg zu den Verhandlungen und Entscheidungen der Bezirksfürsorgeausschüsse auch Vertreter der Kleinrentner mit beschließender Stimme zugezogen werden. Die Württ. Regierung hat sich entsprechend den bisherigen Beschlüssen des Landtags bei den zuständigen Reichsstellen wiederholt dafür eingesetzt, daß ein Rentnerverfügungsgesetz verabschiedet wird. Nach den neuesten Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums soll die Kleinrentnerfürsorge demnächst neu geregelt werden.“

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 141 der Abg. Bauer und Hagel (B.N.): „Der zur Zeit der Beschlußfassung des Reichstags unterliegende Gesetzentwurf über die Bereinigung der Grundbücher geht gegenüber den Rechten der Aufwertungsgläubiger in durchaus schonender Weise vor und greift in diese nicht weiter ein, als zur Erreichung des Zwecks des Gesetzes erforderlich ist. Eine Eintragung der Aufwertung im Grundbuch von Amtswegen wäre mit diesem Zweck nicht wohl vereinbar gewesen. Ein Grund zur Ablehnung des Gesetzentwurfes, durch den einer künftigen Gesetzgebung auf diesem Gebiet nicht vorgegriffen wird, lag dennoch für die Regierung nicht vor.“

Betriebsführung im Handwerk. Zugelassen zu dem Kurs werden Meister und Gehilfen sämtlicher Handwerkszweige. Letztere müssen die Gesellenprüfung bestanden haben und mehrere Jahre praktische Tätigkeit als Geselle nachweisen können. Anmeldungen zu dem ganzen Kurs oder zu den einzelnen Kursteilen sind bis spätestens 15. November d. J. an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kangleistraße 19, II, oder an die Handwerksammer Stuttgart einzureichen.

Landw. Hausfrauenvereine. Am Montag und Dienstag fanden im „Stadtpark“ in Stuttgart Sitzungen des Landesverbands der Landw. Hausfrauenvereine Württembergs statt. Nach dem Geschäftsbericht von Frau Steiner umfaßt der Verband 15 000 Mitglieder. Der Kassenbericht, von Fr. Gerol vorgetragen, zeigt für das neue Geschäftsjahr einen erheblichen Abmangel auf, da die Aufgaben des Verbands wachsen. In jedem Ortsverein soll eine Beraterin für Geflügelzucht, Hauswirtschaft und Obst- und Gartenbau aufgestellt werden. Diplomlandwirt Teutschländer hielt einen Vortrag über den Stand der Eierproduktion durch die württ. Eierzentrale. Etwa die Hälfte des Eierbedarfs werde zur Zeit noch vom Ausland bezogen. Es mache sich jetzt aber so etwas wie eine Gründerzeit von Eierfarmen bei uns bemerkbar, die die Gefahr der Uebererzeugung in absehbarer Zeit heraufbeschwören könne.

Die Drahtseilbahn zum Waldriedhof ist immer noch nicht wieder in Betrieb gesetzt. Woran der Fehler liegt, wird von der Straßenbahnverwaltung nicht mitgeteilt.

Verurteilte Spione. Wegen Betrags militärischer Geheimnisse hatten sich am 30. und 31. Oktober in nicht öffentlicher Verhandlung vor dem Straßengericht des Oberlandesgerichts der ledige Kaufmann H. von Ullm und der ledige Chauffeur F. von Zürich zu verantworten. Sie haben sich im Frühjahr d. Js. vom französischen Spionage die nicht gegen Bezahlung zur Auspöschung der Reichswehr verwendeten lassen und sind in Stuttgart auf frischer Tat festgenommen worden. H. hatte früher in der französischen Fremdenlegation gedient und sich dann in der Heimat wieder Betrügereien zuschulden kommen lassen. Beide Angeklagten wurden je wegen eines vollendeten Verbrechens des Betrags militärischer Geheimnisse verurteilt, und zwar H. unter Einrechnung einer wegen Rückfallbetruges verwirkten Gefängnisstrafe zu der Gesamtzuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, F. zu der Zuchthausstrafe von 2 Jahren 2 Monaten, wobei je 5 Monate 14 Tage Untersuchungshaft zur Anrechnung kamen. Außerdem wurden beiden Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Der Wert des von den Franzosen erhaltenen Entgelts wurde für den Staat verfallen erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Zusammenstöße im Straßenverkehr

Im Jahr 1928 wurden in Groß-Stuttgart 2357 Zusammenstöße zwischen Fahrzeugen aller Art polizeilich festgestellt, bei denen 15 Personen getötet und 707 verletzt wurden. Auf den Tag kommen somit 6 bis 7 Zusammenstöße. Zwischen Straßenbahnwagen gab es 21 Zusammenstöße (mit 17 Verletzten), zwischen Straßenbahn und Autos 260 (17 Verletzte, 1 Toter), zwischen Straßenbahn und Motorrädern 27 (10 bzw. 1), zwischen Straßenbahn und Fahrrädern 8, mit sonstigen Fahrzeugen 34. Der weitaus größte Teil der Zusammenstöße entfällt auf Autos mit Autos, nämlich 849 (83 bzw. 2), Autos mit Motorrädern 392 (217 bzw. 5). Zwischen Autos und Radfahrern kamen 384 Zusammenstöße vor (186 Verletzte, 4 Tote), zwischen Kraftwagen und sonstigen Fahrzeugen 161, Motorrad gegen Motorrad 40 (32 bzw. 1), Motorrad gegen Radfahrer 101 (66 Verletzte), Fahrrad gegen Fahrrad 34 (10 Verletzte). Bei allen Zusammenstößen ist ein Fahrer der

einen Seite festzustellen gewesen, vielfach war Kopfschmerz im Augenblick der Gefahr dabei.

Nach dem Bericht des bayerischen Revisionsvereins entsprachen die Kraftwagen vielfach nicht den Anforderungen des Verkehrs. Von 251 untersuchten Lastkraftwagen waren z. B. nur 5, von 131 untersuchten Personenkraftwagen nur 4 ganz einwandfrei.

Aus dem Lande

Zuffenhausen, 6. Nov. Eingemeindung nach Stuttgart. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung für die Eingemeindung Zuffenhausens nach Stuttgart gestimmt.

Ehlingen, 6. Nov. Die höhere Maschinenbauschule wird im Winterhalbjahr 1929/30 von 421 Schülern besucht. Davon sind 401 Württemberger, 17 Angehörige anderer deutscher Länder und 3 Ausländer.

Von der bayerischen Grenze, 6. November. Das Dinkelscherbener Eisenbahnunglück. Das schwere Eisenbahnunglück im Bahnhof Dinkelscherben am 31. Juli 1928, durch das 16 Personen getötet und 10 schwer und ungefähr 50 leicht verletzt wurden, wird im Laufe der nächsten Wochen das Strafgericht beschäftigen.

Aus Stadt und Land

Magold, den 7. November 1929.

Wer sich nicht unterordnen, dem Zwang fügen will, muß sich aus höherer Einsicht einordnen können, oder aber die Qualität besitzen, Vorbild und Führer zu einer neuen, besseren Ordnung zu sein.

Dienstaftnahmen.

Der Herr Staatspräsident hat den Obersek. Wunsch bei dem Amtsgericht Herrenberg an das Amtsgericht Ellwangen versetzt.

Rosen im Spätherbst

Wechselvoll ist's draußen in der Natur. Den einen Tag lassen wir gerne unseren Mantel zu Hause und freuen uns der Sonnenstrahlen, die durch den schon winterlichen Anzug ihren wärmenden Weg finden, am andern Tag prusten wir den Nebelreif von dem hochgehagelten Mantel.

Pflückt nur diese Herbstrosen! Wie sie duften und betäuben! Gebt ihnen Wasser und stellt sie ins Zimmer, dann werdet ihr täglich die lieblichen Kelche sich entfalten sehen, wenn die behagliche Wärme des Ofens ihnen Sommerluft vorräuchelt.

Familienabend des Ver. Lieder- u. Sängerkranzes

Am kommenden Sonntag, abends um 7.30 Uhr, hält der Verein eine Familienfeier als Abschluß seiner diesjährigen Veranstaltungen ab. Im Mittelpunkt des Abends wird die Verleihung des Sängerringes an zwei Sänger stehen, die auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken können.

„Aus dem Schwarzwald“

Als erstes laden die Blätter des Württ. Schwarzwaldvereins zu einer außerordentlichen Generalversammlung nach Stuttgart ein. Die Sitzung wird dort am 10. November, von vorm. 11 Uhr ab im Festsaal des Hindenburgbaues tagen.

Calw, 6. Nov. Arbeitsjubiläum. Obermeister Johannes Dörcher, Strider, Wilhelm Riepp und Strider Eugen Weber blicken in diesem Jahre auf eine 40jährige Tätigkeit in der Stridwarenfabrik von Chr. L. Wagner in Calw zurück.

Freudenstadt, 6. Nov. Verlegung der Staatsstraße Freudenstadt-Horb bei Schopfloch. Wenn man von Schopfloch gegen Horb zu fährt, so steigt nach den letzten Häusern des Dorfes die Straße in einigen Bögen leicht an, um nach etwa 300 Meter plötzlich mit 8 Prozent jäh abzufallen.

Letzte Nachrichten

Das Ergebnis der Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler — Reichstag ab 27. November.

Berlin, 6. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Fraktionsführerbesprechung herrschte darüber Einigkeit, daß dem Aelterstenrat des Reichstags die Einberufung des Reichstags für den 27. November vorgeschlagen werden soll.

Die Regierung erklärte darauf, daß der Volksentscheid noch in diesem Jahr durchgeführt würde. Daraus ergibt sich, daß die von verschiedenen Seiten geäußerte Besorgnis völlig unbegründet ist, als könnte durch die weitere Behandlung des Volksbegehrens und der Volksabstimmung darüber die verfassungsmäßige Erledigung der Beschlüsse

Ein deutsches Flugzeug in England abgestürzt — 6 Tote, 2 Schwerverletzte

Ein deutsches Hansa-Verkehrsflugzeug, große Junkersmaschine Typ G. 24, das am Mittwoch vormittag 9.44 Uhr den Flugplatz Croydon bei London mit der Bestimmung Amsterdam-Berlin verlassen hatte, ist bei der Ortschaft Ardron, Grafschaft Kent, brennend abgestürzt.

Man führt das Unglück darauf zurück, daß die Maschine im Nebel gegen einen Berg oder ein anderes Hindernis angeflogen und hierdurch in Brand geraten ist. Aus demselben Grund ist bekanntlich vor längerer Zeit ein Hansa-Flugzeug zwischen Hannover und Berlin verunglückt.

Prinz Lippe war vor einigen Tagen als Vertreter der Firma Benz-Mercedes nach London gekommen. Bei seiner Rettung war er zunächst bei vollem Bewußtsein, er liegt jetzt aber besinnungslos darnieder.

Einzelheiten über den Flugzeugabsturz bei Caterham.

London, 7. Nov. Von den ersten an der Absturzstelle des Flugzeugs D 903 erschienenen Personen werden erschütternde Schilderungen über den Anblick der zerstörten Maschine gegeben. Alle stimmen darin überein, daß das Flugzeug mit furchtbarer Gewalt auf die Baumkrone aufsaß, etwa 100 Meter durch die Baumspitzen raste, wobei ein Rad und andere Ausrüstungsgegenstände abgerissen wurden.

Für die Katastrophe sind zwei Gründe bestimmend gewesen, die völlige Sichtlosigkeit infolge des Nebels und die zu geringe Höhe des Flugzeuges. Ein Motorendefekt lag nicht vor, da zahlreiche Personen ausjagen, daß sie das Flugzeug vor der Umkehr hörten und alles in bester Ordnung schien.

Das englische Luftfahrtministerium hat an den Reichs-

der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz und des Youngplans eine Verzögerung erleiden.

Bevorstehende Ernennung Curtius zum Außenminister. — Wirtschaftsministerium an die D. L. P. — „Freiheitsgesetz“ vor der Ratifizierung des Youngplans.

Berlin, 7. Nov. Bereits am Mittwoch mittag hatte eine Besprechung von Vertretern des Zentrums und des Prälaten Leicht für die Bayerische Volkspartei beim Reichskanzler Müller stattgefunden. Der Reichskanzler gab dabei seiner Ansicht Ausdruck, daß Umänderungen in der Besetzung der Ressorts durchaus nicht angebracht seien.

Sport

Die Junfers-Riegenmaschine G. 38 startete am Mittwoch nachmittag 5 Uhr unter Führung des Piloten Zimmermann zu ihrem ersten Flug, der eine halbe Stunde dauerte und glatt verlief.

Der bekannte Herrenreiter Herr v. Borde, der am 2. Nov. mit Baumgärtners „Bandola“ im Parforce-Jagdrennen in Karlsdorf seinen 204. Sieg und den Ehrenpreis von 20 000 Mark errang, nimmt vom Renntreiter Abschied und wird sich nur noch dem Einüben der Rennpferde widmen.

Die beste deutsche Turnierreiterin ist Frau Kathe Frank-Berlin.

Das beste deutsche Rennpferd des Jahres 1929 ist der „Graf Stolani“, der das Derby, den Hansapreis, den Großen Preis von Köln, das „Saint Roger“ und das Gladiatoren-Rennen gewann.

Als das beste deutsche Hindernispferd ist Baumgärtners „Bandola“ anerkannt.

Handel und Verkehr

10 000 rumänische Industriearbeiter für Frankreich. Nach einer von der „Humanité“ übernommenen Meldung der rumänischen Zeitung „Euvantul“ hat das rumänische Arbeitsministerium mitgeteilt, daß Rumänien mit Frankreich einen Vertrag unterzeichnet hat, durch den Rumänien die Verpflichtung übernimmt, nach Frankreich 10 000 Industriearbeiter zu entsenden, die zum größten Teil in der Schwerindustrie beschäftigt werden sollen.

Pferdemarkt Geislingen, 6. Nov. Zufuhr 68 Pferde, davon 41 Händlerpferde; Verkauf 13 Stück. Die Preise bewegten sich zwischen 350—1300 Mark.

Fruchtpreise. Balingen: Weizen 12.50, Gerste 10, Haber 9. — Aulendorf: Gerste 9.40—10, Haber 8. — Mengen: Gerste 9.20 bis 9.40 Mark.

verkehrsmittel anlässlich des Flugzeugabsturzes folgendes Beileidstelegramm gesandt: Das Luftministerium hat mit aufrichtigem Bedauern von dem Absturz des Flugzeugs D 903 der Luft Hansa und der damit verbundenen Menschenverluste Kenntnis genommen.

Das Eisenbahnunglück bei Siegelstorf

Der Oberstaatsanwalt gegen die Reichsbahn

Fürth, 6. Nov. Im Verlauf der Verhandlung des Prozesses über das Eisenbahnunglück bei Siegelstorf in Bayern lehnte, wie der „Vorwärts“ berichtet, der Oberstaatsanwalt sämtliche Reichsbahnbeamte als Sachverständige mit der Begründung ab, die Reichsbahngesellschaft bzw. die Reichsbahndirektion Nürnberg, habe der Staatsanwaltschaft und der Polizei gegenüber nicht nur passive Resistenz geübt, sondern den beiden Behörden Schwierigkeiten jeder Art bereitet.

Ein zweiter Untersuchungsrichter in der Skarek-Angelegenheit. Da Landgerichtsrat Dr. Rosemann mit seinen Arbeiten vollkommen beschäftigt ist, steht die Ernennung eines zweiten Untersuchungsrichters bevor, der die Anklage „Bestechung“ bearbeiten soll.

Gegen die der kommunistischen Partei angehörige Stadträte Gabel und Degner ist Haftbefehl erlassen worden. Gabel hat, wie aus den Geheimfonten hervorgeht, von den Skareks jährlich 30 000 Mark Schmiegelder bekommen. Außerdem wurden ihm und Degner Kleider usw. geschenkt und Luxusautos für große Ausflüge zur Verfügung gestellt.

Feldzeugmeister Galgohy gestorben. Am Dienstag ist in Wien Feldzeugmeister Galgohy im 93. Lebensjahr gestorben. Mit ihm ist der älteste Offizier des alten österreichischen Heers dahingegangen. Galgohy, der zur Zeit des Krimkriegs Leutnant wurde, erkrankte sich in Oesterreich einer ungemainen Volkstümmlichkeit ähnlich der, die alle Wrangel in früheren Jahren in Deutschland genoh.

Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Graf Stolberg. Die Beschlußkammer des Landgerichts in Hirschberg (Schl.) hat das Hauptverfahren gegen Graf Christian zu Stolberg-Bernigerode wegen fahrlässiger Tötung eröffnet. Die Hauptverhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht wird voraussichtlich anfangs Dezember stattfinden.

Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 28. Oktober bis 2. November ist die Zahl der Hauptempfänger in der Arbeitslosenunterstützung auf rund 865 000 gestiegen.

Konkurse. Oberfürther Möbelfabrik in Oberfürth im Inhaber Sigmund Bender selbst. - August Yämmle, Kaufmann und Landwirt in Fischbach M. Biberach. - Albert Braun, Inhaber eines Sand- und Kieswerks in Redargüningen bei Ludwigsburg. - Comberg Gerlach, Leber- und Lederwarenfabrik in Aspberg, Alleinhaber Fritz Comberg.

Viehpreise. Balingen: Zuchtschaf 1210, Ochsen 740-1070, Ansehlinge 850-1280, trächtige Kühe 490-620, Wurfschäpe 210 bis 290, Kalbinnen 460-640, Jungvieh, einviertel- bis dreivierteljährig 160-260, einjährig bis einhalbjährig 290-410 M. d. St. - Ehingen a. D.: Kühe 400-550, Kalben 450-650, Jungvieh 170-350 M. - Giengen a. Br.: Ein Paar Ochsen 1450, ein Paar Stiere 550-780, Kühe 420-650, Kalben 460-600, Jungoch 170-390, Farren 200-450 M. - Gmünd: Farren 220-570, Stiere 320-460, Kühe 220-560, Rinder 215-601 M. - Langenau: Farren 557, Farrentälber 170-245, Kühe 250 bis 700, Kalben 550, Jungoch 140-260 M. - Forzheim: Kühe 345-540, Kalbinnen 520-560, Jungoch 227-327 M. Waldsee: Ochsen 400-500, Kühe 230-400, Kalben 500-600, Jungoch 190-400 M.

Schweinepreise. Badnang: Milchschweine 40-52 Mark. - Balingen: Milchschweine 40-52. - Buchau a. F.: Milchschweine 47-60. - Ehingen: Ferkel 39-60, Läufer 110-140, Mutterchweine 250-330. - Waldsee: Milchschweine 45-55 Mark. - Schweningen: Milchschweine 45 Mark.

Forzheim, 6. November. Pferdemarkt. Auftrieb 124 Pferde, darunter 2 Fohlen. Preise: Schlachtpferde 40-100, Arbeitspferde 150-500, Pferde mittleren Schlags 600-900, Schöne Pferde 1000-1400 Mark.

Gestorbene: Wilhelm Vetter, Bäckermeister, 44 Jahre alt, Bendorf - Michael Friedr. Schabbe, Wagner und Kirchenpfleger, 77 Jahre, Simmersfeld. - Pastor Fischer, 1. Vorsitzender des deutschen Hauptvereins vom Blauen Kreuz, Kronstadt-Essen.

Advertisement for 'Zuckerkrank' (diabetes medicine) by Georg Rich. PFLUG & CO., Gera (Thür.). Includes a small illustration of a person and text describing the medicine's benefits for various ailments.

Advertisement for a lottery drawing on November 28th. 'Ziehung 28. November Friedrichshaler Kirchbau-Geldlotterie'. Prizes include 12500 and 6000. Organized by J. Schweickert.

Large advertisement for 'Loba' floor polish. 'Gefahrlos ist zum Spiel der Boden'. 'wenn Sie ihn mit dem Farbbohnerwachs LOBA-Beize behandeln haben.' Includes an illustration of a horse and text about the product's safety and effectiveness.

Ämliche Bekanntmachung. Errichtung von Fischzuchtanlagen. Johannes Hartmann, Fischzüchter in Pfondorf und die Gemeinde Pfondorf haben in den Gewänden „Obere und untere Niedwiesen“ auf dortiger Markung verschiedene Fischweihen erstellt. Die Weihen werden von den in der Nähe entspringenden Quellen und teilweise aus dem Wäschbach gespeist. Die Unternehmer suchen nun um nachträgliche Genehmigung der Anlagen nach.

Advertisement for 'Hammeiflesch' (ham) by Fr. Krauß, Metzgerei. 'Ia. junges 1430'. 'Auf Freitag empfehle frische Seefische sowie Fisch-Filet'. Includes an illustration of a fish.

W. Forstamt Altensteig. Kalksteinförderung u. Zerkleinerung. Am Montag, 11. Nov. 1929, wird die Befuhr und Zerkleinerung von Kalksteinen für die Försterei Wart 30,0 cbm. Lieferung, 27 cbm. Zerkleinerung, Försterei Altensteig 21,5 cbm. Lieferung, 24 cbm. Zerkleinerung, Försterei Spielberg 21,0 cbm. Lieferung, 32 cbm. Zerkleinerung, Bödingen 31,5 cbm. Lieferung, 67 cbm. Zerkleinerung, ferner für die Försterei Spielberg 3,0 cbm. Grus vergeben.

Advertisement for a '50er Feier' (50th birthday celebration). 'Die im Jahre 1879 geborenen Efringer begehen am Sonntag, den 10. November 1929 im Gasthaus zum „Pflug“ bei gemütlichem Zusammensein ihre fünfzigster Feier, wozu sie alle Altersgenossen und Altersgenossen von der Nachbarschaft freundlichst einladen.' Includes an illustration of a fish.

Advertisement for 'Leistungsfähige Firma' (competent firm) with 'Vertreter' (representative). 'mit vorzüglichen Spezialitäten des Schreinerbedarfs sucht für dortige Bezirke geeigneten Vertreter'. 'Herren mit guten Beziehungen zur Möbelindustrie und zum Schreinerergewerbe wollen Angebote mit Referenzen und Angabe bisheriger Tätigkeit unter Nr. 1423 an die Geschäftsstelle der Zeitung einreichen.'

Advertisement for 'Servierkurs' (waiter course) by 'Obernauer Löwensprudels'. '18.-30. November. Tischdecken, Bedienen, Büffeldienst, Umgangsformen, Garnierung kalt. Platten, belegter Brote etc. Zu bereiten, kalt u. warm. Getränke usw. Prospekt durch Hotel-Pension Argen, Langenargen, Bodensee'.

Der Lenz ist angekommen, mit ihm die Kugerei. Habt ihr es schon vernommen: „Zimmerfreude“ ist's eine Spielerei, (483) ungerechtere Edelwachsgerichte sind zu haben in nachstehenden Geschäften: Nagold: Karl Angerer, Farbengesch.; Kraus We., Kol. Waren, Calweinstr. 19. Calw: Otto Vincon, Kol. Waren, Lederstr. 22. Gisingen: A. Walter, Kol. W., Liebigstr. 2. Degersee: Simperich, Drogerie. Altensteig: Fr. Schrammberger, Schwarzwaldbrog. Forzheim: S. Königer, Wäschfabrik; S. Wolf, Wäschfabrik, Döll. Karl-Friedr. Str. Nr. 13. Döhl, Kol. Waren, Eberstr. 19.

Advertisement for 'Weiß- und Kleidernähen' (white and dressmaking) by Emma Gutekunst. 'empfehlen sich Emma Gutekunst Nagold, Turmstr. 12. Sofort zu verkaufen: 1 Britischenwagen für Einpänner, 1 kleiner Eisschrank, 1 ältere Bettlade, 6 Furnierböde mit eisernen Spindeln, 1 elektr. Kochherd mit 2 Heizplatten, Möbelfabrik Schnepf Nagold. 1414 Güttingen. 1420 Braunstute 9jährig, kräftiger Schlag verkauft wegen Todesfall am Montag, 11. Nov. nachm. 1 Uhr Ernst Haug Wwe.

Advertisement for 'Dürekopp-Personenwagen' (Dürekopp motor car). 'geschlossener, 6sitzig, 10/30 PS, haben entbehrlich-feitshalter abzugeben (1084) Sidel-Werke Forb a. N., A.-G. Gute, billige Käse direkt ab Käseerei (64) Feinste 20 % Allg. Stangenkäse p. Pfd. 52 S. Feinste Allg. Kamadurkäse p. Pfd. 58 S. Nur beste Qualität verf. in 9 G. Pakt. p. Nachn. Molkerei Bärtele, Sauerz M. Leutkirch Aug.

Advertisement for 'Weltstimmen' (World Voices) by G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold. 'Die schönsten Weltbücher in Umrissern. Jedes heft 80 Pf. Herausg. v. Franchischen Verlagsges. Stuttgart. Verlangen Siedas neue heft bei G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.'

Steinwolle per Strang 40 Pfennig. Kammwolle 100 gr. 60 Pfennig. Spinnerei Kirchenreuth Vertreter gesucht. 1028

Advertisement for 'Opel 4/16 PS' (Opel car) and 'Brennabor' (Brennabor car). 'Opel 4/16 PS Vierfahrig, offen und geschlossen, tadellos erhalten, sowie Brennabor Vierfahrig, mit Aufsatz verkauft Eberhart, Saulgau (Württemberg) Suche für sofort ein Mädchen für Zimmer (abends an Büffel) Waschen und Bügeln. Eintritt sofort. Lohn Tarif. (1082) Weinhaus Drei Raben Stuttgart, Steinstraße 12

Unsere verehrl. Stadtabonnenten einschließlich Selbstabholer bitten wir, den Bezugspreis für den Monat November mit Mk. 1.60 bis spätestens Freitag, 15. November in unserer Geschäftsstelle zu bezahlen. Nach diesem Termin müssen Mk. 1.70 berechnet werden. Ebenso machen wir darauf aufmerksam, daß dort die Bezugsgelder für einige Monate im Voraus bezahlt werden können und zwar bei Vorauszahlung auf ein Vierteljahr anstatt 4,80 Mk. nur 4,50 Mk. Nach Beginn des lfd. Vierteljahrs werden Mk. 4,80 berechnet.

Führende, seit über 60 Jahren bestehende und bestens eingeführte deutsche Lebensversicherungsgesellschaft sucht zum sofortigen Eintritt tüchtige, erfahrene Lebensversicherungsfachleute als Inspektoren und Oberinspektoren. Die Bewerber müssen den Nachweis führen können, daß größere Erfolge in der Lebensversicherungsbranche (hauptsächlich in Kleinleben) erzielt worden sind und müssen an intensives Arbeiten gewöhnt sein. Neben angenehmer Tätigkeit bieten wir eine Dauereinzahlung und gewährleisten neben Gehalt und entsprechenden Reisepensen Höchstprovisionen. Wir laden auch Nichtfachleute, die redigewandt und im Umgang mit dem Publikum Erfahrung haben, zur Bewerbung ein, lassen solche durch einen tüchtigen Beamten einarbeiten und zahlen nach kurzer Probezeit bei entsprechenden Erfolgen ebenfalls feste und steigende Bezüge. Bewerbungen mit den nötigen Unterlagen versehen bitten wir vertrauensvoll unter Nr. 1424 an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzureichen.

Advertisement for 'Kalender für 1930' (Calendar for 1930) by Buchhandl. Zaiser, Nagold. 'in großer Auswahl bei Buchhandl. Zaiser, Nagold'